

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Verlag und Redaktion: Leipzig, Windmühlenstraße 14/16.
Anzeigen- und Abonnementsannahme für Leipzig:
Reudnitz, Stätterthor Straße 4.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 M.
Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.,
kleine Anzeigen Ueberschriftszeile 30 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

Das Theater von Versailles.

Siegesfeier.

In München rast der Ordnungsschrecken. Landauer, Egipker, Sonnheimer und wie viele noch von der aufgehenden Soldateska erschlagen — „Fluchtversuch“, „Widerstand“ und „Volksjustiz“ natürlich —, 5000 Menschen verhaftet, und die Bourgeoisie feiert eine prächtige „Siegesfeier“.

Duzende von politischen Morden an den Revolutionären waren erfolgt, als plötzlich die Nachricht von der Ermordung der Geiseln aufkam. Die Tat, deren Umstände nicht geklärt sind durch die Mordbuben der Ordnung, fällt auf das Gewissen derer, die mit den politischen Morden begonnen, die mit dem Ruf und den Taten der Rache gegen München markierten, fällt auf das Gewissen jener Elemente der Münchener Bourgeoisie, die sich mit dem eindringenden Gegner verschworen und zugleich mit den Waffen heimtückisch-verräterisch erhoben. Sie fällt auf das Gewissen derer, die in Berlin, im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland die Proletarierleichen häuften und die Mörder deckten.

„Siegesfeier!“

Wieviele solcher Siege wird es noch bedürfen, damit das Regiment der Ebert-Scheibemann mit zerhackten Knochen im Abgrund liegt?

Hinter der Räterepublik München stand das Münchener Proletariat mit einer ungeheuren Begeisterung. Keiner der Schlächter wagte zu reden von einer Herrschaft der „Minderheit“. Es ist die proletarische Demokratie, die zu Boden gestampft worden ist vom Aufgeböhr der gegenrevolutionären Soldnerhanden Bayerns, Württembergs, Preußens. Die zentralisierte militärische Macht der Bourgeoisie hat noch einmal einen der Ansätze proletarischer Demokratie niedergeschlagen, die sich Stückweise aus dem Chaos formieren.

Ummantelt ein Appell an das Gewissen dieser stampfen Schergen, ummütet ein Wort an die Gerechtigkeit dieser blauen und verzweifellen Strafen.

Aber ein Wort an diejenigen auch, welche unheimlich schreien, die noch nicht gänzlich das Denken erlernt haben.

Die Münchener Rätereuerung hat die Bourgeoisie entwaффnet, aber sie hat kein „Schreckensregiment“ geführt. Sie hat keine politischen Morde begangen. Erst die von der Regierung Hoffmann verübten politischen Morde und der Betrat der Münchener Bourgeoisie hat zu die Erschießung von Geiseln, die von keinem Organ der Rätereuerung befohlen war, herbeigeführt.

Was unter denen, die noch leben können, sieht nicht, daß die jetzige Regierung trotz, nein wegen dieser ihrer „Siege“ mit jedem Tag dem Abgrund näher tritt? Daß die proletarischen Massen mit Abwehr und mit ruhendem Borne sich von ihr wenden? Daß das Proletariat aller Länder sie verflucht? Daß sie in Versailles sich vor sich und nichts hinter sich hat als ihre eigene Erbschaft?

Und nun: nach solchen „Siegesfeiern“, nach solchen Anbiederungen des Mordes mit welchen Gefühlschmerz, daß die Proletariat der Bourgeoisie unerschütterlich gegenübersteht, wenn sie ihre Macht aus den Händen entrißten haben werden, wenn dieser unvermeidliche Augenblick eintritt?

Die kommunistische Partei hat mitten in ihrem Schmerz um ihre ermordeten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Proletarier dringend gewarnt vor terroristischen Akten. Sie hat die Arbeiter davon gewarnt im März, als der Roste über 1000 Proletarierleichen häuften. Sie warnt heute davon mitten im Hafen der Ordnungsschrecken in München, Schmerzensrissen anerkennend so vielen schände vergossenen revolutionären Blutes.

Aber sie sagt den herrschenden Klassen: Wenn das Proletariat keine Siegesfeier so halten wird, wie ihr sie haltet, wenn die angefauchte Leidenschaft alle Schranken durchbrechen wird, wenn es euch fesseln wird, daß ihr kein Glied mehr rührt. Wagt: Ihr habt's gewollt! Gier die Schuld!

Den Unabhängigen aber, die noch nach Kompromissen mit den Helfen von München ausschauen, den ewigen Händlern und Unterhändlern sei gesagt: Wer über diesen blutigen Kublon schreiet ins Lager der Scheidemanns, der ist getrieben vom revolutionären Proletariat, für immer.

Der Hunger quält — Truppen kommen.

Stralsund, 5. Mai. (M. L. B.) Gestern vormittag kam es hier zu Unruhen, die ihre Ursache in unbefriedigten Forderungen von Fischhändlern im Hafen hatten. Die Menge zog vom Hafen nach der Innenstadt, wo mehrere Geschäfte zerstört wurden. Gegen mittag konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Von Greifswald sind Truppen nach Stralsund zur Aufrechterhaltung der Ruhe abgegangen.

Stralsund, 5. Mai. Das Warenhaus Zood beziffert den Schaden, den es bei den gestrigen Unruhen erlitten hat, auf mehrere Millionen Mark. Am Sonntag kam es zu neuen Veränderungen. Die Menschenmenge zerstückte den Eingang des Warenhauses Lieg mit Handgranaten und raubte es aus, wobei scharfe Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Personen aus der Menge verwundet und eine getötet. Ferner wurden drei Soldaten, die dem Greifswalder Bataillon angehörten, verwundet. Die Schießereien dauerten bis 4 Uhr morgens. Am heutigen Vormittag sammelte sich abermals eine große Menge in den Hauptstraßen an und nahm eine drohende Haltung gegen das Warenhaus Wertheim an. Die Unruhen dauern fort.

Frankfurt ohne Zeitung.

Frankfurt a. M., 5. Mai. Das technische Personal jüdischer hiesiger Druckereien ist wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Zeitungen erscheinen daher bis auf weiteres nicht.

Deutsche als Arbeitsklaven in Frankreich.

III. Versailles, 5. Mai. Die hier weilenden Gewerkschafter haben Vorschläge angearbeitet, die sich damit befassen, wie die deutschen Arbeiter, die im Austausch für die Kriegsgefangenen nach Belgien und Frankreich gehen, den Wiederaufbau vorzunehmen sollen. Die deutschen Gewerkschafter wollen den Wiederaufbau nur in voller Selbstbestimmung mit den französischen Gewerkschaftern lösen.

Verhaftung ungarischer Kommunisten.

III. Wien, 5. Mai. Der „Neuen“ meldet: Im hiesigen Grandhotel wurde eine große Anzahl ungarischer kommunistischer Arbeiter verhaftet. Bela Kun habe nurmehr keine bedingungslose Unterwerfung angeht. Die Rumänen melden, daß sie Solno wieder genommen haben und 20 Kilometer im Umkreis von Badapest leben.

Wahlen in Wien.

Wien, 5. Mai. Nach den bis 12 Uhr nachts vorliegenden Ergebnissen erhielten von den zu bekämpenden 166 Mandaten für den Wiener Gemeinderat die Sozialdemokraten 92 und die Christlich-Sozialen 60 Mandate; der Rest entfiel auf die Nationalen, Jüdisch-Nationalen und Deutschnationalen. Die Wahl zum Landtag hat in Wien, wo 68 Mandate zu besetzen waren, ein ähnliches Verhältnis der Parteien ergeben. In den vier Landtagswahlkreisen des flachen Landes wurden gewählt: 26 Christlich-Soziale, 20 Sozialdemokraten und 6 Deutschnationale. Die Wahlen sind in Wien und auf dem flachen Lande vollkommen ruhig verlaufen.

Die Revolution in Indien.

Ueber Ursachen und Gang der revolutionären Bewegungen in Indien fehlen authentische Nachrichten. Die Angaben aus englischer Quelle sind natürlich alle gefärbt. Indessen — bei aller Schönfärberei und dem Bestreben zu einem „Komplotz“ zu stempeln, was eine elementare revolutionäre Bewegung ist, oder wenigstens der Beginn einer solchen Bewegung — erlauben doch die englischen Berichte bestimmte Schlüsse auf den sozialen Hintergrund und die Tragweite der Bewegung.

Aus diesem Grunde sei hier der Bericht wiedergegeben, der der Times von ihrem Bombay-Korrespondenten unterm 20. April jagung:

In dem Bericht heißt es: „Wir haben die gefährlichsten 10 Tage hinter uns, die Indien seit einem halben Jahrhundert erlebt hat. Wir haben weitere gefährliche Tage vor uns, denn obwohl die Lage in Bombay sich bessert und Herr Gandhi (einer der Führer der Nationalisten) die Passivität — Resistenzbewegung öffentlich aufgegeben hat, während Leute von Ansehen sich zur Unterstützung der Regierung sammeln, so ist doch die Lage in Nordindien beunruhigend.“

Wir wollen einen Augenblick halt machen, um diese weitverbreitete gewalttätige Kundgebung zu untersuchen. Wie kam es, daß der passive Widerstand gegen das Rowlati-Gesetz (ein Ausnahmegesetz, das der Regierung diktatorische Vollmacht gibt) — das wahrscheinlich im größeren Teil Indiens, und insbesondere nicht auf Bombay zur Anwendung gekommen wäre, und das nominell beschränkt war auf den Verkauf verbotener Literatur von zweifelhafter Gesetzmäßigkeit, das im Verschwinden begriffen war — daß er plötzlich aufkammte in Aufbruch, Empörung und Mord in Delhi, Ahmedabad, Birampam, Amritsar und andern Teilen des Punjab, als Herr Gandhi das Betreten von Delhi untersagt wurde?

Bombay stand am 11. April den ganzen Tag am Rand eines blutigen Aufbruchs, der nur abgewendet wurde durch die kluge Staatskunst des Gouverneurs, Sir George Lloyd, und die große Zurückhaltung der Polizei und des Militärs gegenüber schweren Herausforderungen.

Die Bewegung scheint zweifach gewesen zu sein. Teilweise war sie der Ausdruck der herrschenden Stimmung. Indien ist nicht weniger als andere Teile der Welt betroffen von der sozialen und geistigen Umwälzung des Krieges, durch Erwartungen die an die Zerstörung des deutlichen Materialismus geknüpft wurden und durch das Streben nach größerer Teilnahme am britischen Reich.

Die auflösende Wirkung dieser Ideen wird verstärkt durch die bestehenden Lebensbedingungen. Die Lebensmittelpreise sind außerordentlich hoch, die Vorräte sind knapp, während die Bestrebungen, die Preise zu kontrollieren, gehemmt werden durch Profitmacherei und Schleichhandel, die unglücklicherweise in diesem Lande niemals fehlen. (Und in England?)

Da Indien von Nahrungsmitteln entbitt ist, um die Bedürfnisse des Krieges zu befriedigen, so meint das Volk, die englische Regierung sei lauwarm, um Vorräte von außerhalb heranzuschaffen und nimmt besonders daran Anstoß, daß der Gouverneur für Schiffsahrt hohe Frachten auf Reis und Reis aus Burma aufschreibt. Zu diesem heftigen Verden kommt die verheerende Cholera und die Grippe-Epidemie. — So viel zur sozialen und wirtschaftlichen Lage.

Dann schuf die Tätigkeit der Indo-Britischen Association ernste Zweifel, ob das Parlament Indien es sich behandeln wird, wenn der Resoluzion beraten wird — (die Verfassungsreform). Das Rowlati-Gesetz ist in diese überhöhte Atmosphäre hinein.

Das Gesetz wurde böswillig erstellt durch die Royal Commission, bis unter dem gewöhnlichen Volk der allgemeinen Glaube entstand, daß es der Polizei, die gefordert um verhaftet war, volle diktatorische Macht gebe. Unter der gebildeten Leuten, von denen wenige den Bericht oder das Gesetz studierten, wurde es bitter geäußert als Zeichen der Unterwerfung Indiens, nach langer Zeit.

Das Räte-Ungarn kämpft weiter.

Unsere hoffnungsvollen Revolutionäre — Militärische und Kapitalisten frohlocken wieder mal zu früh. Der Wunsch als Vater des Gedankens lieh die Melina in die Welt gehen: Die Räteregierung ist gestürzt; die Bevölkerung jubelt, die Volksbeauftragten sind geflohen, groß ist die Erbitterung der Arbeiter gegen die Kommunisten.

Dergleichen Meldungen wurden mit genauen Einzelheiten belegt. Also war's lautere Wahrheit. Und doch hatte man die Leser wieder gründlich beschwindelt, Ereignisse — falsch vorausgeahnt, Wünsche als Wahrheiten und Geschwinde berichtet.

So bis die Lage der Räteregierung auch schon am 2. Mai sein mochte, die Volksbeauftragten verloren nicht den Mut und sie blieben auf ihren Posten. Sie werden darauf bestehen, solange das für die Revolution nur irgend vorteilhaft erscheint. Die Schicksale der kapitalistischen Presse bewiesen die Genossen schon mit dem Schmutz der Verleumdung, sie hätten kapituliert, das Sowjet-Ungarn den Feinden preisgegeben, nur die Bedingung gestellt, das sie, die Volksbeauftragten mit ihren Familien, frei abziehen dürfen. Die meisten sollten sich übrigens bereits, natürlich gut versorgt, in Sicherheit gebracht haben. Das gegen ist wahr, daß die irgend adömmlichen Volksbeauftragten an die Front geeilt sind, sich in die Reihen der Kämpfenden eingegliedert haben.

Es ist doch immer das alte Spiel, wenn das Kapital glaubt, es diene seinen Interessen, dann jagt, schwindet, verleidet es in der unvergleichlichsten Weise.

Wir lassen hier nun die letzten, uns zugekommenen Telegramme folgen. Daraus ergibt sich, wie frech geschwindelt worden ist, und es ergibt sich daraus, daß die leitenden Genossen nichts unversucht lassen, um die militärische Lage Ungarns zu retten. Wie lange sie sich noch werden halten können, das läßt sich natürlich von hier aus nicht beurteilen:

Budapest, 3. Mai. Der Volksbeauftragte für Serbien, Wilhelm Vochn, sandte den folgenden telegraphischen Bericht an die Räteregierung: Armeeoberkommando, dritten Mai 1919. Der gestern abend gefasste erste und letztendliche Beschluß des Arbeiterrates war bei den besten Verbänden von ausgedehnter Wirkung. Auf meinen nachts erhaltenen Bericht gingen Truppen heute früh von Szeged, Debrecen und Nagybocros in drei Kolonnen in Richtung auf Ujváros, Abony, Loret und Szolnok ab. In Abony sind die Truppen eingezogen, sie fanden dort die Besatzung nur bewaffnete Grenzrevolutionäre, vertreiben sie, setzen in großartiger Stimmung ihren Vormarsch gegen Szolnok fort. Mit Szolnok setzen wir uns telephonisch in Verbindung. Rumänen befinden sich nicht in Szolnok, sondern nur auf dem jenseitigen Ufer der Theiß. In der Spitze der Truppen hielten Samuel Seibler und Steinbrück den Kommando. Wir erwarten großartige Hilfe von den Arbeiterbataillonen.

Budapest, 4. Mai. Das ungarische Tel. Korrespondenz meldet aus dem Kriegsprojektor: Mit Ausnahme von Szeged an der Theiß ist die Lage unversichert. Die Truppen haben den vom Armeeoberkommando Kommando heute nacht ausgehenden Befehl, Szolnok wiederzunehmen, mit der größten Begeisterung vollzogen, und seit nachmittags sechs Uhr ist Szolnok wieder vollständig in unserer Hand. Der Armeeoberkommandant Vochn ist nun nach dem Einrücken der Truppen zurückgeblieben in Szolnok. Bei Ujváros haben die Rumänen ihren Vorposten nicht fortgesetzt, in Ujváros sind tschechische Truppen. In der Gegend von Guelch haben größere tschechische Kräfte unsere Vorpostenlinien angegriffen, worauf wir unser Truppen in den bereits lange angeordneten und angeordneten Schwerverteidigungsstellungen zusammenzogen.

Budapest, 5. Mai. Vochns Ujváros meldet: Der politische Beschluß des Arbeiterrates wurde heute früh von den Arbeitern in den Fabriken mit größter Begeisterung angenommen. Die Arbeiter hielten in großer Morgenstunde Versammlungen ab, darin einstimmig beschlossen wurde, daß sie sofort zu den Waffen eilen und zur Front gehen. In einzelnen Fabriken erschienen Volksbeauftragte, deren Reden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurden. Obwohl Volksbeauftragte vorzuziehen, daß nur 18 bis 20 Arbeiter sollten, beschloßen die Arbeiter, daß jeder Mann bis zu 20 Jahren, ohne Ausnahme, zu den Waffen greife, um für die kommunistische Ordnung zu kämpfen. Aus diesen Fabriken zogen die Arbeiter, sofort in Kompanien formiert, nach den Kasernen, wo sie ausgerüstet werden. Auch Fabrikbeamte, welche zum großen Teile Kommissar-offiziere sind, zogen mit den Arbeitern zu den Kasernen. Die Räteregierung erließ eine Verordnung, wonach alle Proletarier, zum Militärdienst einzuziehen, während der ganzen Zeit dieses Dienstes nicht nur die militärische Lösung, sondern außerdem ihren normalen Arbeitseinkommen erhalten. Dieser Arbeitseinkommen entweder der Gemeindefürsorge selbst oder ihren Familien ausbezahlt. Das Landesoberkommando der Roten Wache macht bekannt, daß sämtliche einzelne und ohne Kommandanten zusammengekommenen, zum Verhinderung der Roten Wache gehörenden Soldaten Waffen und Munition unversichtlich der Roten Wache abzuliefern haben. Sowohl im Ujváros, als auch in den Kommandanten, die die Roten Wache gegen die Rumänen und die Arbeiter vorzuschieben, von kämpfenden Truppenteilen abseparieren Soldaten vollen Schutz bieten. Wünderer und gegen alle Verordnungen Rumdrehende werden an Ort und Stelle erschossen.

Budapest, 5. Mai. Vor die Frage gestellt „Sein oder Nichtsein“ hat der Budapester Arbeiter- und Soldatenrat den Beschluß gefasst, einem unumkehrlichen, durch Verrat an die Revolution erkaufte Sein, wenn es sein muß das ehrenvolle Untergehen auf dem Kampfplatz mit der Waffe in der Hand vorzuziehen. Wünderer, erziehe und gleichzeitig unentwegt entschlossene Stimmung beherrschte die Gemüter. Als Volksbeauftragter Peter Vochn die Sitzung des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenrat eröffnete, wobei er als erster Redner Volksbeauftragter Bela Kun das Wort. Mit der Offenbarung, daß er eine gedruckte Darstellung der allgemeinen Lage. Der Feind ist im Ujváros, Kommandant, die in den ersten Linien stehenden Truppen haben größtenteils verfallen, es handle sich um Ujváros, wo das Budapester Proletariat in den Fortbestand der Revolution im Ujváros kämpfen wollte. Mit diesen Worten und Selbstverpflichtungen ist nicht gehalten, es müßten Leben kommen. Es muß bekannt gemacht werden, daß Bela Kun aus, wie auch nur die einzige Möglichkeit vorhanden ist, einen Schlag abzugeben, das Kampf beizugehen im Abzug der Truppen.

im Budapester Proletariat, im Ujváros und nicht im Bekämpfen, nicht im Bekämpfen, nicht im Bekämpfen und letzter Verbleiben. Im weiteren Verlauf dieses Kampfes werden wir schon in der Lage sein, die Produktion der revolutionären Arbeiterbewegung, die eine mit dem Budapester Proletariat umschloß, um nach Ujváros, die Ujváros in Ujváros, er eine dann näher auf die Frage der Verteidigung Budapests ein, die er vom Standpunkt der ungarischen und noch mehr der internationalen Revolution für schmerzhaft, denn der Stadt entgegen dürfen wir nicht, können wir nicht, der Stadt zu entziehen, wäre eine Schmach. Er schloß mit der Frage: Was ist die Aufgabe des Budapester Arbeiterrates, wie ist bei der militärischen und außerpolitischen Lage Budapest für ein Sowjet-Ungarn zu schützen? Auf die von Bela Kun gestellte Frage gab Bela die Antwort, er habe für acht Uhr früh die von aufgestellten und vollständig ausgerüsteten 18 Arbeiterbataillone mobilisiert. Die Mitglieder des Arbeiterrates forderte er auf, unversichtlich in die Kasernen zu gehen und sich in fünfziger Stunden an die Spitze der an die Front gehenden Bataillone zu stellen. Als sich der Arbeiterrat zum Handeln folgende Beschlüsse gefasst hatte: „Die Volksbeauftragte Bela Kun eine bezeichnend arbeitermäßige Erklärung, die in der Arbeiterbewegung zur allgemeinen Aufmerksamkeit gelangen soll. Diese Arbeiterbewegung sind lebenden Beweisen in dem Budapest, das heute eine einzige Kasernen, ein einziger militärischer Kommandant ist. Es ist der Geist der Revolution, der die noch das rote Ungarn tragende Handlung erfüllt und die Proletarier anspornt, für proletarische Diktatur auch das Leben einzusetzen.“

Aus der Internationale.

Gährung in der englischen Industrie.

Man scheint allgemein von den Gefahren nur wenig Ahnung zu haben, welche die Industrien des Landes und besonders auch die Textilindustrie bedrohen und die das Zusammenwirken und den guten Willen aller dieser erfordern, die hat in die Zukunft blicken. Die Streikepidemie sollte, sagt „The Daily Labour Journal“, eine Warnung sein, daß etwas in der Industrie nicht stimmt, aber unklar bleibt, bestimmt sich nur wenige um die Ursachen dieser Krankheit. Sicherlich sind es nicht ungenügende Löhne, denn diese sind geradezu lächerlich hoch, es ist auch nicht die Länge der Arbeitszeit, denn sie ist geringer, als sie jemals in der Geschichte der Industrie gewesen ist; es ist vielmehr die wachsende Erkenntnis der arbeitenden Klassen, wie bei den Mittelklassen und bei allen Leuten, die nicht Kriegsgewinnler sind, daß sich das ganze Volk in den Händen von Profitmachern befindet, und daß dagegen kein Vorwurf der Regierung oder des Parlamentes helfen kann, weil das letztere gerade zum großen Teil aus Profitmachern besteht und die Regierung sie direkt unterstützt, oder ihnen gegenüber eine Rüge zutrifft. Das ist die Ueberzeugung des größten Teils der Bevölkerung; natürlich wünscht man diese Meinung nicht als durchaus zutreffend bezeichnet, man muß aber mit ihr rechnen, um zu einer Gesundung des Volkes zu kommen; tut man dies nicht, so treibt die englische Industrie rettungslos in das Chaos.

Es herrscht die weitverbreitete Empfindung, daß die Regierung unter dem Schutze der verschiedenen, während des Krieges erlassenen Bestimmungen einen Plan vorbereitet, durch den alle Bedarfsartikel und besonders alle Luxusartikel auf die Dauer verknappert werden sollen, und das die ganze Bevölkerung unter die Herrschaft von Monopolisten nehmen können wird, die sich nicht gegen eine gesunde Konkurrenz zu wehren brauchen. Es gibt nur zwei Systeme, die eine gesunde Industrie ermöglichen, und je eher diese Erkenntnis im Lande durchdringt, desto eher wird die Gefahr einer Revolution oder eines dauernden Elends beizuhalten werden. Das eine System ist der freie Wettbewerb, wodurch übermäßige Gewinne durch die Verknappung der Einfuhr zu niedrigeren Preisen vermindert werden, das andere ist die vollständige Nationalisierung der Produktion, einschließlich des Landbaues, des Maschinenbaues und der Kunststoffindustrie, und damit die Ueberzeugung von den Angehörigen an die Nation als solche unter Ausschluß des Einzelnen. Die Arbeiterklassen setzen zweifellos dem letzteren System entgegen. Es ist aber selbstverständlich, daß eine solche Umwälzung eine gewaltige Verwertung herbeiführen müßte. Die Kapitalisten ihrerseits, unter denen sich beinahe eine große Anzahl von Gewinnlern aller Art befindet, scheinen dagegen ein drittes System für nötig zu halten, nämlich, das ganze Volk nur zu ihren Gunsten arbeiten zu lassen und die Regierung nur dazu zu benutzen, das Volk niederzuhalten und es zu zwingen, die Waren zu jedem Preise zu kaufen. Dieser Weg würde mit Sicherheit zu einer gewaltigen Umwälzung führen, und man kann daher nur mit Besorgnis auf die Kräfte blicken, die einander offen oder insgeheim bekämpfen, brandschanden nicht die Hoffnung zu verlieren, daß die Gewinnler schließlich, wie bei ähnlichen Gelegenheiten schon früher, auch diese Krisis überwinden wird.

Aus den U- und S-Ländern.

Eine Arbeiterratsitzung in Herné.

Der Obmann war nicht zur Stelle, man wollte schon den ganzen Rat nach Hause schicken — aber er wollte nicht verschwinden. Der Arbeiterratsrat Bela führt aus, daß bis jetzt in Herné Ruhe und Ordnung geherrscht habe, erst durch den plötzlichen Einbruch der Unruhe entstanden. Mit Rücksicht auf die Arbeiter mit dem Rat und entgegen. Der Herr Obmann war ein Genosse (U) von neben dem Arbeiterrat, sie sollten bleiben, aber die Arbeiter aus dem Innernraum vermindern. Herr Bela verlangt das. Endlich erscheint der Obmann, Herr Kollmann (U. S.). Im Auftrage wollen sich die Arbeiter der Sozialisten in einem allgemeinen Arbeiterverband organisieren. Der Rat wird von dem Obmann, Kollmann der Arbeiterbewegung, Entschaffung der Polizei. Dagegen wette die Herr Obmann. Nach den vier Jahren Krieg wolle das Volk herrschen, wir hatten letzten Monatsplan. Ein anderer Arbeitermann gab den Arbeiterbewegung und Kollmann die Arbeit an dem Abend. Der Arbeiter-

beileger G. erklärte, die Entlassung der Polizei sei notwendig, denn im Winter sei die Polizei der Arbeiter der Straße zu ziehen. Er vermutet, daß die Mehrheit die erste Kolonne, während die Augen nach rechts zu richten. Bald hatten sich die Parteien wieder hier, Hausarbeiten würden schon abgehandelt. Die Parlamentarier hätten das Volk eingeschüchelt. Diese Diktatur gäbe es keinen Sozialismus. Der Arbeiterrat habe nur einen Titel, aber keine Rechte. Das man die Arbeiterbewegung die Rechte genommen, das sei eine Schmach. In Solingen hätte die Arbeiterbewegung gegen die Sozialisten wie die Wilden gehandelt — Es soll eine Kommission gewählt werden, die den Fall untersucht und die Schuldigen zur Verantwortung zieht. — Dann kam die Erklärung des Befehlshabers zum Budapest. Da erklärte der Obmann: Ich habe meine Zustimmung noch nicht gegeben und es ist kein Befehlshaberzustand! Am anderen Tag war er doch da, dann hieß es, er ist von der Regierung angeordnet worden.

Die Nationalversammlung nannte der Obmann eine Quasibude. Die Revolution ist von der Arbeiterbewegung gemacht und die wird sie auch retten, erklärte dann der Obmann.

Aus der Partei.

Liebkeuch-Prozeß.

Eine Erklärung der Angehörigen.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Nach einer offiziellen Zeitungsnotiz sollen die Eintrittskarten zur Verhandlung gegen einige der Wörder Karl Liebkeuchts und Rosa Luxemburgs in erster Linie für die Angehörigen der Ermordeten reserviert werden.

Als Vertreter dieser Angehörigen erklären wir hiermit, daß wir jede Teilnahme an der Verhandlung ablehnen.

Bei einem so offenkundigen Verbrechen des Militarismus an seinen unerschütterlichen Gegnern ist eine Ueberzeugung durch Militärs, als Kameraden der Mörder und politische Feinde der Ermordeten, ein Widerspruch. Wir haben deshalb von vornherein eine revolutionäre Untersuchungskommission gefordert. Zur Ermittlung der Wahrheit, zur Aufdeckung der politischen Zusammenhänge, zur Enttarnung der Anstifter und sonstigen Sündermänner ist sie das einzige Mittel. Die Regierung hat uns diese Kommission nicht beschieden, sie jähvort die Geschlossenheit ihrer Willkür.

Sie gibt uns statt dessen ein Kriegsgericht, das einem Korps angehört, das die Kadaver von der Zeit zwölf Stunden lang der Öffentlichkeit vorstellt, um Zeit auszunutzen, einen offiziellen Bericht für die Presse fertigzustellen, in dem es als „einwandfrei festgestellt“ bekanntgibt, das Liebkeuch auf der Flucht ergriffen und Rosa Luxemburg von einer unbekanntem Dienste gefasst und ihre Geiseln genommen sei. Wir wissen, die jetzt als thömerische Angelegenheit festgestellt sind.

Sie gibt uns ein Kriegsgericht, dessen Vorsitzende bei den letzten Vorbereitungen zum Mord und bei seiner Ausführung im „Edenhof“ anwesend war, während einige seiner Stabsoffiziere an dem Mord unmittelbar teilnahmen, und der die Verhaftung der schuldigen Militäre erst unter dem Druck des drohenden Generalstreiks anordnete.

Sie gibt uns ein Kriegsgericht, dessen Ankläger von Beginn der Untersuchung an den Standpunkt vertrat, daß doch nichts Wesentliches herauskomme; der dann nichts getan hat, um die Verdunkelung des Sachverhalts durch die Mörder zu verhindern und der zu dem, was er schließlich getan hat, erst durch das Eingreifen Dritter gezwungen werden mußte.

Ein solches Verfahren muß als ganze erscheinen. Es kann keinem anderen Zweck dienen, als die Öffentlichkeit irrezuführen und die Aufklärung der wahren Wahrheit zu verhindern. Wir protestieren hiergegen mit aller Entschiedenheit und fordern nach wie vor eine revolutionäre Untersuchungskommission, die kommen muß und kommen wird.

Berlin, den 4. Mai 1919.
Theodor Liebkeuch, Kurt Rosenfeld.

Eine mißlungene Provokation.

Am 29. April belegten Genossen die Wohnungen in Wilhelmshagen-Küstringen mit dem bekannten Frauensozialenorganisationsblatt, das mit „Einwohnerausweis der Badedörfer“ unterzeichnet war. In den Wohnungen der Reichs- und bürgerlichen Presse erschien dann eine Notiz, wonach in einer geheimen kommunistischen Sitzung das Ausruhen der Räterepublik und das Einsetzen eines 21. Rates beschlossen worden sei. In einem am 30. April verteilten Besuchsblatt wurden die Einwohner zu einer Demonstration gegen Spartakus aufgerufen. Es sprachen drei Redner zu den erschienenen Bürgern, da die Arbeiterklasse es größtenteils abgelehnt hatte, dem Aufruf Folge zu leisten. Die Redner sahen jedoch gegen Spartakus los, wobei es auch an den üblichen Gemeinlichkeiten nicht fehlte. Der zweite Redner bekannte sich als Bremer Sozialdemokrat. Der dritte Redner, Kapitulanten Dorte, gleichzeitig Sekretär der demokratischen Partei, verurteilte die Unabständigkeit gegen die Kommunisten auszubieten. Als er im Hinblick darauf eine Resolution annehmen ließ, tönte ihm ein revolutionäres „Nein“ entgegen. Auf den Schluß eines Genossen: „Nun, verachte nunmehr, zunächst verzeihe, der Kommunist Geiger zu Worte zu kommen. Er war beauftragt, auch im Namen der Unabhängigen zu reden. Anfanglich wurde er von dem bürgerlichen Volk niedergedrückt, schließlich kam er doch zu Wort. Er konnte dem Inhalt der Flugblätter und die Proklamierung als verurteilend und Entwürdigung, die Kommunisten als Mörder, Beschäftigt sei, eine Programmsatzung zu erzeugen. Maschinenbauer sollen die Forderung für einen Zeitungsstreik machen um dadurch die Arbeiter unmittelbar zu machen. Auf dem Boden des Klassenkampfes lebend, lehrten beide Oratorien — R. B. D. und U. S. B. — es ab, sich von der antisozialistischen Liga einen wirtschaftsfriedlichen Weg vorzeichnen zu lassen.

Das Vorgehen der Arbeiterklasse hat sich wieder einmal als ein Teil jener Kräfte erwiesen, die das Böse will und das Gute schafft. Der gemeinsame Raubzug der Kommunisten und Unabhängigen zählte nach Tausenden. Die Reichs- und bürgerlichen Arbeiter sind zur Minderheit geworden. Trotz des schärfsten Wetters konnten die Genossen Geiger (R. B. D.), Berg (U. S. B.) und Mayer (R. B. D.), sowie ein Kreisbeschäftigter vor mehr denn 10.000 Personen auf dem Bismarckplatz ihre Reden halten.

Gewerkschaftliches.

Lohnforderung der hiesigen Straßenbahner.

Die Vertrauensleute der Angestellten von der Hochbahn, sowie den Straßenbahnen beizugehen, der nächsten Vollversammlung zu empfehlen, den bis zum 1. Juni dieses Jahres gültigen Tarifvertrag zu kündigen und in eine Lohnbewegung einzutreten. Es sollen diesmal bedeutend erhöhte Lohnforderungen gestellt werden. Bei der monatlichen Wahrnehmung, der sich auch die Angestellten der Ujváros-Dampfbahn anschließen werden, soll man auch die im Februar d. J. abgelehnten Forderungen durchsetzen.

Streik in der Chemnitzer Textilindustrie.

Eine Versammlung von technischen Angestellten der Textilindustrie beschloß fast einstimmig, am 7. Mai in den Streik zu treten. Sie fordern zeitliche Rückzahlung der bei Kriegsausbruch gekürzten Gehälter bis 15. Mai 1919, ferner Wirtschaftsbeiträge in Höhe eines Monatsgehältes, sofortige Wahl eines Angestelltenausschusses in den Betrieben und Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Einstellungen und Entlassungen von Beamten.

Eine Mahnung an die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske.

Nach Abwägung des großen Bergarbeiterstreiks von Rheinland und Westfalen glauben diese Herren Ebert-Scheidemann-Noske, sie hätten alles erreicht, was für sie von Nutzen wäre, aber weit gefehlt. Wenn der Bergarbeiter mit Waffen an die Arbeit getrieben wird, ohne daß man ihm seine Forderungen bewilligt, so wird er das nicht herauskaufen, was im Interesse der Allgemeinheit zu schaffen wäre. Es ist ein Undeum, nachdem diese Vertreter der sozialistischen Regierung jahrelang keine enge Fühlung mit der Arbeiterschaft hatten, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Darum hat sich diese Regierung verhaßt gemacht, daß ihr die gesamte Arbeiterschaft das Vertrauen abhandelt und für sie nicht mehr schaffen will. Wir werden es erleben, daß dieser Streik der Bergarbeiter nicht der letzte ist. Für diese Regierung wäre es daher angebracht, wenn sie im Interesse der ganzen Volkswirtschaft zurücktreten würde da sie das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft nicht mehr besitzt, um so ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Denn die Hinterlist, die für die Freiheit der Arbeiter gebracht werden fallen auf die Haupten derjenigen Regierungsvorsteher, die sich mit Waffengewalt behaupten wollen. Darum rufen wir Euch nochmals zu: „Tretet zurück!“

Der Zentral-Steuer-Rat.

Säuberung im Malerverband.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Maler beschäftigte sich in einer Generalversammlung mit der Wahl von Delegierten zum Verbandstag und der Neuwahl des Vorstandes. Ein Antrag verlangte, daß nur Anhänger des Räteprogramms gewählt werden dürfen. Der angesehene Ortsbeamte Mies wandte sich dagegen. Es wurden aber fast ausschließlich Mitglieder der K. P. D. und der U. S. P. gewählt. Wegen des Widerstandes der Beamten, der seine Kündigung erhielt, wurde dann auch die Neuwahl des Vorstandes mit ähnlichem Ergebnis vorgenommen. Die Angestellten wollten sich jedoch nicht zur Disposition stellen lassen, es berief sich darauf, daß die neue Fälligkeit erst vom Hauptverband her bestätigt sein müsse, vorher könne man ihn überhaupt nicht kündigen. — Der Vorgang zeigt, wie es mit der Demokratie der Gewerkschaften aussieht und es zeigt weiter, daß die Vorstände statutarisch ein richtiges Diktatorenrecht aneignen haben. Und mit diesen reaktionären Organisationen sollen die Arbeiter eine Welt erobern!

Aus Groß-Berlin.

Der Kampf ums Lichtenberger Postgebäude.

Ein sechszehnjähriger Zeuge gab gegen neun ältere Zeugen den Ausschlag zur Verurteilung des nebzehnjährigen Arbeiters Georg Schröder. Er stand vor dem außerordentlichen Kriegsgericht III und war angeklagt, beim Sturm auf das Postgebäude in der Mandalaenenstraße ein Maschinengewehr und beim Kampf um das Polizeirevier ein Flammwerfer bedient zu haben. Nur ein 16-jähriger Zeuge behauptet, Schröder dabei gesehen zu haben. Neun andere Zeugen, darunter ein Leutnant und ein Unteroffizier der Schutztruppe, lassen aus, daß an der fraglichen Stelle überhaupt kein Maschinengewehr gestanden haben kann. Der Angeklagte bestritt auch jede Tätigkeit. Er sei nicht Soldat gewesen und könne mit keiner Waffe umgehen. Die Behauptung, den Schröder am Flammwerfer gesehen zu haben, nimmt der jugendliche Zeuge auch als falsch zurück, während er sonst bei seiner Aussage bleibt.

Der Vertreter der Anklage hielt trotz der neun entsetzenden Aussagen den Beweis für erbracht und beantragte fünf Jahre Gefängnis. Das Urteil lautet auf ein Jahr Gefängnis.

Alle Mitglieder der K. P. D. sind verpflichtet, in den Bezirksvertriebsstellen die Rote Fahne zu abonnieren.

Genossen, welche die Rote Fahne gegen Entschädigung austragen wollen, bitten wir, sich umgehend in der Hauptvertriebsstelle zu melden.

Die Expedition.

BESTELLSCHEIN

Bitte ausfüllen und an die Expedition der „Roten Fahne“, Leipzig, Stötteritzer Straße 4, zu senden.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab...Exemplar... der täglich einmal erscheinenden Zeitung

DIE ROTE FAHNE

Zentralorgan der K. P. D. (Spartakusbund)

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, genau ausfüllen.)

Sächsisches.

Streikbeschuß im großen Arbeiterrat.

Am Montag fand die Fortsetzung der am Freitag abgetretenen Sitzung des großen Arbeiterrats im Zentralrat statt. Die Entscheidung stand von vornherein fest, nachdem eine Sitzung der Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre der U. S. P., die von etwa 2500 Personen besucht war, sich gegen eine Stimme für den Antrag der Kommunisten ausgesprochen hatte. Die Versuche der Rechtssozialisten und Demokraten, den Streikbeschuß zu verhindern, hatte nur zur Folge, daß ihnen derbe Wahrheiten an den Kopf geworfen wurden.

Dr. Geiger beantragte kleine Änderungen des Antrags. Die Verbindung mit anderen Orten betreffende, könnte also gestrichen werden. Die Forderung 3 b: Zurückziehung der Truppen von München stehe hinter der Forderung: Auflösung aller Freiwilkenverbände zurück, müsse deshalb auch gestrichen werden. Statt Bestimmungsrecht oder Mitbestimmungsrecht beantragte er zu lesen: entscheidenden Einfluß der Betriebsräte. Mit diesen Veränderungen erklärten sich die Kommunisten einverstanden.

Die Rechtssozialisten haben eine Erklärung ab, die sich gegen den Generalstreik ausspricht, weil er letzten Endes beabsichtige, die jetzige Regierung zu stürzen. Das aber widerspreche dem Esturier Programm (ließ Generalparteiabschlüsse, in dem festgelegt sei, daß der Generalstreik nur dann ausgerufen werden dürfe, wenn die Reichstagswahlrecht anzuwenden sei. Diese Regierung hat sich auf Grund des freien Wahlrechts der Welt zum Beispiel verpflichtet. Sie würden niemals für den Generalstreik stimmen. Darauf antwortete eine Reihe Unabhängiger, teils mit Ideen des linken, teils des rechten (U. S. P.) weis auf die Wichtigkeit des Schlusses hin, denn das Bürgerrecht samt den Rechtssozialisten ist dann geschlossen gegen die Arbeiter. Man solle im Antrage nicht sagen, den Generalstreik strotzamen, sondern vorbereiten. Franke (U. S. P.) betonte: wenn die Rechtssozialisten den Streik nicht wollten, sollten sie ihren Kasse abhalten, mit einem Banden nach Leipzig zu kommen. Hier herrsche noch immer Ruhe und Ordnung. Blunt (U. S. P.) weist darauf hin, daß der Streik sofort ausbrechen, wenn die Kassebanden kämen, auch wenn er nicht vom U-Rat beschlossen würde. Es sei aber im Interesse des U-Rates, den Streik zu organisieren und vorzubereiten, damit nicht nutzlose Opfer gebracht würden.

Schlobach (Kom.) erklärte sich mit den Vorschlägen Dr. Geigers einverstanden. Blich aber bestehen bei der Vorbereitung im Falle des Einmarsches Noskes. Daß der Kampf vorbereitet werden muß, ist selbstverständlich. Wenn es notwendig ist, müssen alle Mittel angewandt werden, und das käme auch nicht vor der Festnahme von Geiseln zurückgekehrt werden. Gegen die Vigen der Leipziger Neuesten Nachrichten haben die Kommunisten von jeder angezweifelt, aber gerade der frühere Vorsitzende des U- und S-Rates, Geiger habe die U. S. P. unterstützt. Jetzt gehe es zu handeln, ehe es zu spät ist. Reiche (U. S. P.) weist auf die Pronokationen an den Plakatwänden hin. Die anonymen Macher benutzen jetzt das Ende der Wiese, um die Arbeiter mit entstellten Äußerungen Lenins und Trozkis zu reizen. Blich (U. S. P.) wünscht nur solche Forderungen aufgestellt, die in diesem Abwehrstreik erreicht werden könnten: Entfernung der Nosketruppen und Aufhebung des Belagerungszustandes. Nachdem noch Vogel (U. S. P.) festgestellt hatte, daß die Bewaffnung der Arbeiter in Leipzig keinerlei verbot sei und andere Unabhängige zustimmend geäußert hatten, wurde gegen etwa 20 Stimmen der Antrag der Kommunisten angenommen. Ein Antrag auf geheime Abstimmung war vorher abgelehnt worden.

Die Geiselliste im Arbeiterrat.

In der Montagssitzung des großen Arbeiterrats spielte auch die Geiselliste eine Rolle. Die Demokraten benutzten die schmutzige Quelle der U. S. P. und stellten vor Beginn der Sitzung eine Anfrage, ob Dr. Geiger, das Präsidium oder der Vorstand des Arbeiterrates etwas von der Geiselliste wisse und wenn ja, welcher Zweck damit verfolgt würde.

Dr. Geiger antwortete, daß er schon in aller Öffentlichkeit erklärt habe, daß er nichts von einer derartigen Liste wisse. Trotzdem behaupten die U. S. P. immer noch die Existenz einer solchen Liste, die damit einen bestimmten politischen Zweck verfolgen. Sie wollen den Einmarsch der Nosketruppen vorbereiten und eine Programmänderung schaffen, denn deshalb bringen sie die Sensationsnachrichten aus München über die Ermordung der Geiseln zu gleicher Zeit. Inzwischen wird gemeldet, daß sich die

angedeutet so grausam ermordeten z. T. garnicht in München befun den haben, z. T. noch wohl und munter leben. Also auch das war wieder Schwindel. Und da forderten die Demokraten noch, daß der große Arbeiterrat seinen Abscheu aussprechen soll. Es wäre besser, der Arbeiterrat spräche seinen Abscheu vor dem Schwindel der U. S. P. und den Demokraten aus, die diese Lügen zur Grundlage ihrer Politik im U-Rat machen.

Die U. S. P. drucken nun in ihrer Dienstagnummer folgende Erklärung ab:

Es ist un wahr, daß ich genaue Kenntnis davon habe, daß eine Geiselliste zusammengestellt worden ist, nachdem die Vertrauensmänner der einzelnen Städte, Bezirke und Funktionäre einzelner Betriebe die Namen in Vorschlag gebracht haben.

Wahr ist vielmehr, daß mir von einer solchen Geiselliste nichts bekannt ist. geg. Dr. Curt Geiger.

Trotzdem lägen sie weiter und bringen mit frischer Stirn weitere Ergänzungen der Liste. Wer ist nun eigentlich der Urheber der Geiselliste? Erst sagen die U. S. P. die unabhängigen Nachhaber, dann die wirklichen Nachhaber, schließlich „Dr. Geiger muß genau davon wissen“ und nun nach der Erklärung Dr. Geigers schreiben sie: „Dann ist sie hinter dem Rücken Dr. Geigers aufgestellt worden, es stehe nun Behauptung gegen Behauptung.“ Wenn, das Lügenblatt, die U. S. P., sieht am Schandtag und es wird höchste Zeit, daß sich der Arbeiterrat mit anderen Mitteln als mit Erklärungen seiner erwehrt.

Die politische Polizei tritt nun wieder in ihre alten Funktionen ein. Der Beauftragte des Arbeiterrates beim Polizei-Präsidenten in einer Sitzung mit, daß auf Anweisung der Polizei alle Verträge gegen den rechts- und links-gerichteten Stand aufzulösen und der Staatsanwaltschaft anzuzeigen habe. Man hat es herrlich weit gebracht mit dieser sozialistischen Polizei.

Branchenstreik. Seit Montag befinden sich die Brauereiarbeiter Leipzigs im Streik. Es geht sich um einen Lohnkampf. Sie fordern 120 Mark Wochenlohn.

Schick. Die Ausweisung der Regierungstruppen zu fordern, beschloß einstimmig das Stadtverordnetenkollegium. Herr Schick, der Stadtverordneter im Pirnauer Bezirk, erklärte, daß die Regierungstruppen nicht nach Schick kommen würden, wenn sie der Bürgermeister nicht anzuweisen hätte. Darauf sind dem Bürgermeister strenge Vorbehalte gesetzt worden.

Lebensmittelkalender.

Mittwoch, den 7. Mai.

Für Haushaltungen:

Anmeldung: Fleisch: abzugeben Fleischmarkenstreifen N 1-8 (150 Gramm Fleisch, Kinder N 1-4 (75 Gramm Fleisch).

Ausgabe: Getr. Mähren und Weizholz, Beginn — befehle mit 3 E und R der Lebensmittelkarte Reihe Z (200 Gramm).

Amerik. oder inl. Mehl, bestellt mit 20 E und R der Lebensmittelkarte Reihe Z und Marken S 1 Z, S 2 Z, S 3 Z der Lebensmittelkarte S 1, S 2, S 3.

Eier für Schwerverkriebsbeschädigte. Ausgabe Schlachthof, Altenburger Straße 8-12 Uhr; Lindenau, Quackstr. 2, 3-4/5 Uhr.

Ausgabe von Lebensmittel- und Kohlenkarten. N. 1001 bis 1250 der Haushaltkarte.

Für Händler:

Milch, Milchkartenablieferung durch die Milchhändler, Nr. 501 bis 750.

Kartoffeln: Bezugscheinentnahme durch die Großhändler, Amerik. oder inl. Mehl: Markenablieferung durch die Klein- händler einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Fleisch: Bezugscheinentnahme durch die Kleinhändler, Schlachthofstraße 1.

Seife: Ablieferung der Kartenabchnitte der Monate April und Mai: 8-12 Uhr Nr. 1-5000, 1-2 Uhr 3001-Schluss des Ausweisses.

Feigwaren: Markenablieferung durch die Kleinhändler einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Schumann, Leipzig. Druck: Buchdruckerei „Spartakus“, Leipzig. Verlag: „Die Rote Fahne“, G. m. b. H. Berlin.

Die Rote Fahne

erscheint täglich mittags 2 Uhr und ist in folgenden Betriebsstellen zu kaufen und zu abonnieren:

L. Reudnitz: Stötteritzer Straße 4, Eingang Reichenbäcker Str.

L. Reudnitz: Stötter, Luthersstraße 1.

L. Reudnitz: Ullrich, Klara, Hildegardstraße 34, L. Zunge, Lorenzstraße 5, Buchhandlung.

L. Volkmarshausen: Restaurant Schiffchen, Ecke Jollitofer- und Hildegardstraße.

L. Anger: Planitz, Sellenbäcker Straße 1.

L. Stötteritz: Krämer, Holzschauer Straße 31.

L. Pörsdorf: Kästner, Paulinenstraße 3.

Leipzig-Stadt: Homersdorf, Sidonienstraße 26, S. II.

„ „ Schneider, Braustraße 22, II. L.

„ „ Kojak, Nordstraße 57.

„ „ Sirij, Tisch, Waldstraße 31, II.

„ „ Pflanz, Pflanzengartenstraße 27, S. III.

„ „ Kolbe, Eisenstraße 17, S. I.

„ „ Engelmann, Harberstraße 8, III. S.

„ „ Neumann, Linow, Hindenburgstraße 14/16.

„ „ Restaurant Gute Quelle, Tauschenweg 57.

„ „ Restaurant Spreewald, Waldstraße 20.

„ „ Müller, Wintergartenstraße (Buchhandlung Breitshädelhaus).

L. Möderu: F. Donau, Neuhäuser Straße 287, I. z.

L. Entsch: Kunze, Magdalenastraße 15, I.

L. Gehls: Kirckhoff, Reginenstraße 11, II. z.

L. Modau: Schäbel, Wilhelmstraße 13, II. z.

„ „ Stöhr, Leipziger Straße 175, II. z.

„ „ Henrich, Eilenburger Straße 3, II. I.

Thella: Schirrmeyer, Hauptstraße 72.

L. Comnewitz: Kühne, Neudorfer Straße.

Watzsch: Enders, Städtischer Straße 3, I.

Knautzkeberg: Zmaba, Säumelstraße 31.

L. Großschäfer: Eberts, Kurt, Knauthainer Straße 97.

L. Kleinschöcher: Gebhardt, Bahnhofstraße.

L. Plagwitz: Kreitzer, Erdmannstraße 1, III.

L. Pflanz: Hagedorn, Dörferstraße 21, III. I.

L. Pflanz: Engelmann, Lindenauer Straße 20.

Engelsdorf: Gubdat, Klingelstraße 27.

Gautzsch - Oetzsch - Märkleeberg.

Mittwoch, den 7. Mai, 3 Uhr nachmittags:

Arbeitslosenversammlung

im Gasthof „Zur Linde“

Erscheinen aller erwünscht.

Die Kommission.

K. P. D. (Spartakusbund)

Ortsgruppe Oetzsch-Gautzsch

Mittwoch den 7. Mai abends 1/2 8 Uhr

Mitgliederversammlung

im „Thüringer Hof“.

Tagesordnung:

Was ist Kommunismus?

Redner: W. Ulbricht.

Gäste sind willkommen.